
Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, 2. Mai 1941

Zusammenfassung

Mit erschreckender Selbstverständlichkeit erklärten die Teilnehmer der Besprechung schon sieben Wochen vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, dass in den zu besetzenden Gebieten "zig Millionen Menschen verhungern" müssten. Dies sei die logische Folge, die sich aus der kriegswirtschaftlichen Zielvorstellung ergebe, die gesamte Wehrmacht auf Kosten der Menschen in der Sowjetunion ernähren zu wollen. Das in den Unterlagen des Generals Georg Thomas gefundene Dokument steht für eine nationalsozialistische Strategie, die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug noch 1941 zu besiegen und zig Millionen Menschen in der UdSSR die Nahrungsmittel zu entziehen, um sie für deutsche Zwecke zu verwenden. Auf diese Weise sollte die ernährungswirtschaftliche Basis für eine erfolgreiche Kriegführung des Deutschen Reiches ab dem dritten Kriegsjahr gesichert werden. Der Hungertod von vielen Millionen Menschen wurde dabei als unvermeidlich einkalkuliert.

Einleitung

Wigbert Benz vn nn

Das Dokument protokolliert das Wesentliche einer Besprechung des Chefs des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes (WiRüAmtes) im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), General der Infanterie, Georg Thomas, mit den Staatssekretären der kriegswirtschaftlich wichtigen Ressorts. Wie aus dem Kopf des Sitzungsprotokolls ersichtlich wurden nur zwei Ausfertigungen erstellt. Die erste für Thomas selbst. Die zweite für Generalleutnant Wilhelm Schubert, der als Chef der Wirtschaftsstabes Ost für die Planung und Durchführung der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Gebiete mitverantwortlich war. Auf diese Adressaten weist die editorische Beschreibung in der Nürnberger Aktenedition hin: "o[ben] r[rechts] über Datum und zwischen Datum und Üb[erschrift]: 'Chefsache', 2 Ausfertigungen, 1. Ausfertigung Akten Ia, 2. Ausfertigung Gen[eral] Schubert [...] u[nten] r[rechts] Zeichen unl[eserlich] (vermutlich 'v.G.')." 1Das Kürzel "Ia" bedeutet Erster Generalstabsoffizier, "v.G." steht für den Major von Gusovius aus dem Stab General Thomas', der die Tagesblätter im Kriegstagebuch von dessen Amt abzeichnete. Dass General Thomas das Dokument abfassen ließ, ergibt sich aus dem Hinweis der Nürnberger Prozessakten "from the files of General Thomas".²

Die beiden ersten Kernaussagen des Dokuments wurden im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher am 26. November 1945 von dem amerikanischen

1 Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, 2.5.1941, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. Oktober 1945–1. Oktober 1946. 42 Bde., Nürnberg 1947 ff., Bd. 31, S. 84 (Dok. 2718-PS). Ergänzungen in eckigen Klammern wurden vom Autor zur Auflösung der Beschreibungskürzel vorgenommen, runde Klammern stehen in der Beschreibung selbst.

Anklagevertreter Sidney S. Alderman verlesen und wie folgt bewertet: "Noch niemals ist wohl ein unheilvollere Satz niedergeschrieben worden, als der Satz in dieser Urkunde, der heißt: 'Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern.'"³ Die historische Forschung erachtet in der Aktennotiz ein zentrales Dokument für den von vornherein beabsichtigten Vernichtungs-, Ausbeutungs- und Hungerkrieg gegen die Sowjetunion. So betont der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, das Protokoll sei "eines der außergewöhnlichsten Verwaltungsdokumente in der Geschichte des 'Dritten Reiches'", verfasst "in einer Sprache die um ein Vielfaches unverblümter war als alle Begriffe, die je bei der Behandlung der 'Judenfrage' benutzt wurden".⁴

Christopher Browning sieht in dem Dokument einen Zusammenhang von ideologisch motivierten Vernichtungsabsichten zur Dezimierung der slawischen Bevölkerung und kriegswirtschaftlichen Zielsetzungen: "Aus diesem Protokoll geht die Denkweise der Planer der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion deutlich hervor. Die Entscheidung für den absichtlich herbeigeführten Tod eines großen Teils der einheimischen Bevölkerung tarnt die Niederschrift als logische, fast unvermeidliche Folge der Ereignisse, um dann rasch zu praktischen Fragen überzugehen. Diese scheinbar sterile, sachorientierte Haltung resultierte aus einer durch und durch rassistischen Denkweise, der jegliche Sorge um menschliches Leben fremd war, solange es sich nicht um jene Auserwählte handelte, die als Angehörige des deutschen Volkes betrachtet wurden."⁵

Am gründlichsten wurde der Hintergrund der Besprechung von Alex J. Kay 2006 untersucht. Danach wurde der Plan, "zig Millionen Menschen verhungern" zu lassen, von Göring und Führungsstellen der Wehrmacht initiiert. Ausgearbeitet wurde er in erster Linie von Experten des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, unter dessen Staatssekretär Herbert Backe, in Kooperation mit Wehrwirtschaftsgeneral Thomas. Die in der Besprechung am 2. Mai 1941 genannten zig Millionen Hungertote wurden als unvermeidlich einkalkuliert, um zum einen die negative Ernährungsbilanz im Reich auszugleichen, dessen Getreidevorräte eineinhalb Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges entscheidend zusammengeschmolzen waren und zum anderen die Nachschubwege der Wehrmacht bei ihren geplanten gigantischen Vorstößen von allem zu entlasten, was nicht absolut notwendig erschien. Die Soldaten der Wehrmacht sollten aus den besetzten Ostgebieten ernährt werden. Eine wesentliche Einschränkung des Nahrungsmittelverbrauchs in Deutschland galt als Tabu. Die Situation wie im Ersten Weltkrieg, bei dem der Hunger eine Destabilisierung der "Heimatfront" bewirkte, sollte unter allen Umständen vermieden werden.

General Thomas war schon in einer auf den 13. Februar 1941 datierten Studie zu den kriegswirtschaftlichen Aspekten des "Unternehmens Barbarossa" zu dem Schluss gekommen: "Für die ersten Monate wird sowohl auf dem Ernährungssektor wie auf dem Rohstoffgebiet eine Entlastung eintreten, wenn es gelingt, durch schnelles Zufassen a) die Zerstörung der Vorräte zu verhindern, b) das Erdölgebiet des Kaukasus unzerstört in unsere Hand zu bekommen und c) die Transportfrage zu

2 Christian Gerlach, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 46, Fußnote 59.

3 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*. Bd. 2, S. 331.

4 Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Berlin 2007, S. 552.

5 Christopher Browning, *Die Entfesselung der "Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942*, Berlin 2006, S. 348.

lösen." 6 Die nicht nur Göring, sondern auch dem "Führer" vorgelegte Denkschrift "bestätigte insgesamt Hitlers Erwartungen". 7 So wurden in Hitlers am 13. März 1941 verfügten "Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21" nicht nur, was wesentlich bekannter ist, dem "Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrag des Führers" übertragen, "die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politische System ergeben", sondern auch die Kompetenzen zur wirtschaftlichen Ausbeutung zugeteilt: "Mit der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet hat der Führer den Reichsmarschall [= Göring] beauftragt, der diese Aufgabe dem Chef des WiRüAmtes [= Thomas] übertragen hat." 8

Staatssekretär Backe hatte im November und Dezember 1940 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den alljährlichen Bericht über die Ernährungslage an Hitler vorbereitet, überarbeitete ihn "in den Weihnachtsferien" zum dritten Mal und "schrieb ihn selbst", wie er am 9. Februar 1941 seinem Minister Darré mitteilte. Am 13. Januar 1941 bereits hatte Backe bei Göring zur Ernährungslage vorgetragen, wonach dieser in einem Rundschreiben an Staats- und Parteidienststellen umgehend eine Kürzung der Fleischrationen für die Einwohner im Deutschen Reich für den kommenden Sommer ankündigte, weil "im laufenden Ernährungsjahr die Vorräte stark angegriffen werden müssen". Am 12. April erhielt er von Görings Stellvertreter, dem Vierjahresplan-Staatssekretär Körner, "Vollmachten für die landwirtschaftliche Ausbeutung der zu besetzenden sowjetischen Gebiete". 9

Da keine Liste der Teilnehmer der Staatssekretärebekämpfung gefunden wurde, ist die genaue Zusammensetzung der Sitzung in der Forschung strittig. Alex J. Kay kommt nach dem Abgleich verschiedener Quellen, darunter Tagebücher, Terminkalender und die Zustellung des Protokolls, zu dem Schluss, dass neben den Generälen Thomas und Schubert als Empfänger des Sitzungsprotokolls sehr wahrscheinlich die Staatssekretäre (bzw. Unterstaatssekretäre) und Mitglieder des Wirtschaftsführungsstabes Ost Paul Körner, Herbert Backe, Hermann von Hanneken vom Reichswirtschaftsministerium, Friedrich Alpers vom Reichsforstamt und Friedrich Syrup vom Reichsarbeitsministerium anwesend waren. Je nachdem, ob die Tagebucheinträge Rosenbergs zutreffen, können der spätere Ostminister Alfred Rosenberg, General der Artillerie Alfred Jodl und Gauleiter Alfred Meyer als wahrscheinliche Teilnehmer angesehen werden. Dies gelte auch unabhängig von Rosenbergs Tagebucheintrag für die Ministerialdirektoren Gustav Schlotterer (Reichswirtschaftsministerium) und Hans-Joachim Riecke (Reichsernährungsministerium), da letztere im Wirtschaftsstab Ost die Gruppen Wirtschaft und Landwirtschaft leiteten. Demgegenüber betonten Klaus Jochen Arnold und Gert C. Luebbers, die konkreten Teilnehmer der Besprechung ließen sich

6 Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten, 13.2.1940, in: Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45), hg. v. Wolfgang Birkenfeld. Boppard am Rhein 1966, S. 515-532, hier S. 531 f.

7 Rolf-Dieter Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1983, S. 98-189, hier S. 126.

8 Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hg. v. Walther Hubatsch, Frankfurt am Main, 1962, S. 88 ff.

9 Christian Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 69 ff. (auch vorherige Zitate des Absatzes).

aufgrund der fehlenden Anwesenheitsliste letztlich nicht sicher feststellen, die Tagebucheinträge Rosenbergs seien in sich widersprüchlich, dieser selbst habe auf keinen Fall teilgenommen. Zudem sei zu bedenken, dass das Protokoll keine förmlichen Beschlüsse festgehalten habe, sondern Aussagen einer Arbeitssitzung. Im Übrigen gehe es bei dem Dokument um ein Hungerkalkül, nicht einen konkreten Hungerplan. Den Begriff "Hungerkalkül" statt "Hungerplan" bevorzugt auch Johannes Hürter, denn der Hunger sei, "mit Ausnahme der Belagerung Leningrads nicht als Waffe [...], sondern als 'zwangsläufige' Folge der Besserstellung der eigenen Truppe und Heimat angesehen" worden.¹⁰

Die in der Besprechung der Staatssekretäre gemachten Aussagen, dass 1.) der Krieg nur weiterzuführen sei, wenn im 3. Kriegsjahr, die komplette Wehrmacht aus der besetzten Sowjetunion ernährt wird, 2.) der Hungertod von vielen Millionen Menschen die Folge sein wird, 3.) der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen und Getreide Priorität habe, 4.) die Tätigkeit der Industrie nur auf Mangelgebieten weitergeführt werden sollte und 5.) zu diesem Zweck Sicherungstruppen (im Dokument werden "besondere Truppen" als "Ergänzungsformationen des Heeres" oder des "RAD" [=Reichsarbeitsdienst] genannt) erforderlich seien, wurden durch zwei weitere umfassend ausgearbeitete Dokumente zur kriegswirtschaftlichen Ausbeutung ergänzt.

Zum einen die "Wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft" vom 23. Mai 1941. Dies war die von Staatssekretär Backes engstem Mitarbeiter, dem Ministerialdirektor Hans-Joachim Riecke, geleitete, für den Ernährungssektor zuständige Einrichtung in Görings Vierjahresplanbehörde. Diese Richtlinien gingen davon aus, dass die Sowjetunion deswegen nicht mehr genügend Getreideüberschüsse produzieren könne, weil sie seit der Oktoberrevolution um dreißig Millionen Menschen angewachsen sei, die nun zusätzlich ernährt werden müssten. Es gelte, die Industrialisierung auf den im deutschen Interesse liegenden Bereich zurückzuführen und die landwirtschaftlichen Überschussgebiete von den Zuschussgebieten, insbesondere den russischen Großstädten abzuriegeln. Nur so könnten die von Deutschland gewünschten 8,7 Millionen Tonnen Getreide jährlich aus dem Land gepresst werden. Als Konsequenz für die Zuschussgebiete notierten die Planer: "Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas."¹¹

Zum anderen fordern Görings wirtschaftspolitische Richtlinien vom Juni 1941, die sog. "Grüne Mappe", eine weitgehende Entindustrialisierung der Sowjetunion und Ausbeutung ihrer Nahrungsmittel: "Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion [...] Völlig abwegig wäre die Auffassung, daß es darauf ankomme, in den besetzten Gebieten einheitlich die Linie zu verfolgen, daß sie baldigst wieder in Ordnung gebracht und tunlichst wieder

10 Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006, S. 491.

11 Wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, 23.5.1941, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 36, S. 135-157, hier S. 144 f. (Dok. 126-EC).

aufgebaut werden müßten. [...] Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert [...], in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können. In anderen Landesteilen, die sich nicht selbst ernähren können – also in großen Teilen Nord- und Mittelrußlands –, muß sich die Wirtschaftsführung auf die Ausnutzung der vorhandenen Vorräte beschränken."¹²

Bei der Verkündung des Todesurteils gegen Göring am 30. September 1946 wurde explizit auch die in seiner "Grünen Mappe" festgeschriebene Ausbeutung von Nahrungsmitteln zur Urteilsbegründung angeführt: "In seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan war Göring bei der Ausplünderung erobelter Gebiete zuständig und tätig. Lange vor dem Kriege gegen die Sowjetunion stellte er Pläne zur Ausplünderung des Sowjetgebietes auf. Zwei Monate vor dem Einfall in die Sowjetunion wurde Göring von Hitler die Allgemeinleitung der Wirtschaftsverwaltung dieses Gebietes übertragen. Göring setzte einen Wirtschaftsstab für diese Aufgabe ein. [...] Durch seine sogenannte 'Grüne Mappe', die von der Wehrmacht gedruckt war, wurde ein 'wirtschaftlicher Vollzugsstab Ost' eingesetzt. Diese Richtlinien sahen die Plünderung und Vernichtung jedweder Industrie in den nahrungsmittelarmen Gegenden vor, ferner eine Umleitung von Lebensmitteln aus den Überschussgegenden zur Befriedigung des deutschen Bedarfs."¹³

Im Ergebnis des deutsch-sowjetischen Krieges 1941–1945 führten die Hungerplanungen nicht zu den einkalkulierten zig Millionen, sondern "nur" mehreren Millionen verhungerten Menschen. Alleine in Leningrad starben die meisten der ca. eine Million Opfer den Hungertod und mehr als die Hälfte der drei Millionen in deutschem Gewahrsam umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen verloren ihr Leben wegen Unterernährung und den damit verbundenen Krankheiten. Der amerikanische Historiker Timothy Snyder schätzt die Zahl der Hungertoten in den besetzten Gebieten auf 4,2 Millionen Menschen. Dass es nicht noch mehr wurden, liegt an den fehlgeschlagenen Blitzkriegsplanungen. Die Hauptstadt Moskau, der ein ähnliches Schicksal wie Leningrad zgedacht war, wurde nie erreicht. Die andauernden Kämpfe verhinderten, dass ausreichende Sicherungstruppen frei wurden, um die Zuschussgebiete von den Überschussgebieten der Nahrungsmittel militärisch abzuriegeln und diese vollständig für deutsche Zwecke umzuleiten.

Quellen- und Literaturhinweise

Arnold, K. J., Lübbers, G. C., The Meeting of the Staatssekretär on 2 May 1941 and the Wehrmacht: A Document up for Discussion, in: Journal of Contemporary History 42 (Oktober 2007), Vol. 4, S. 613–626.

Benz, W., Der Hungerplan im "Unternehmen Barbarossa" 1941, Berlin 2011.

Browning, Ch., Die Entfesselung der "Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, Berlin 2006.

Gerlach, Ch., Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

Hürter, J., Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006.

Kay, A. J., Germany's Staatssekretäre. Mass Starvation and the Meeting of 2 May 1941, in: Journal of Contemporary History 41 (Oktober 2006), Vol. 4, S. 685-700.

12 Richtlinien für die Führung der Wirtschaft (Grüne Mappe). Teil I. Aufgaben und Organisation der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten. Berlin, Juni 1941, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 28, S. 3–26, hier S. 6 f. (Dok. 1743-PS).

13 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Bd. 1, S. 317.

Kay, A. J., Verhungernlassen als Massenmordstrategie. Das Treffen der deutschen Staatssekretäre am 2. Mai 1941, in: Zeitschrift für Weltgeschichte Jg. 11 (2010) Heft 1, S. 81–105 (= deutsche Fassung des Aufsatzes aus Journal of Contemporary History 2006).

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. Oktober 1945–1. Oktober 1946. 42 Bde., Nürnberg 1947 ff.

Snyder, T., Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011.

Tooze, A., Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin 2007.

"Chefsache"

2.5.41

2 Ausfertigungen

1. [Ausfertigung] Akten Ia

2. [Ausfertigung] Gen. Schubert

Aktennotiz

über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa

.....
1.) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.

2.) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.

3.) Am wichtigsten ist die Bergung und Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. Das vorhandene Fett und Fleisch wird voraussichtlich die Truppe verbrauchen.

4.) Die Beschäftigung in der Industrie darf nur auf Mangelgebieten wieder aufgenommen werden, z.B.

die Werke für Verkehrsmittel,

die Werke für allgemeine Versorgungsanlagen (Eisen),

die Werke für Textilien,

von Rüstungsbetrieben nur solche, bei denen in Deutschland Engpässe bestehen.

Aufmachung von Reparaturwerkstätten für die Truppe natürlich in erhöhtem Ausmaß.

5.) Für die Sicherung der weiten Gebiete zwischen Rollbahnen müssen besondere Truppen bereitgestellt werden, vielleicht wird man den RAD oder Ergänzungsformationen des Heeres herein legen.

Notwendig ist, die besonders wichtige[n] und daher zu schützende[n] Gebiete herauszusuchen.

[unleserlich gez., vermutlich] v.G.

Hier nach: Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, 2. Mai 1941, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage Dokumente Fotokopien PS 2718, Kopie.

Faksimile

Die 2 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Hier nach: Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, 2. Mai 1941, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage Dokumente Fotokopien PS 2718, Kopie.

© Faksimile. Staatsarchiv Nürnberg. Nürnberg. 2012.

Datum: 23. Juli 2018 um 23:45:33 Uhr CEST.
© BSB München
